

Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Dringerröhrn. Anzeigenpreis 35 A
für die sechsgespaltene Millimeterzeile.
Redaktion, Expediition, Verlag: Bremen.
An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung. Druck: J. J.
Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 33

Bremen, 13. August

Jahrgang 1932

Neue Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung

Zur Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung sind weitere 25 Millionen Mark von der Reichsregierung bereitgestellt worden. Mit den im Herbst 1931 bewilligten 48 Millionen Mark für den gleichen Zweck sind rund 18 000 Siedlerstellen geschaffen worden. Die für den ersten Bauabschnitt festgelegten Richtlinien sind für den neuen Bauabschnitt verschiedentlich geändert worden¹⁾.

Die bisherige Genehmigung der Anträge durch die Reichszentralstelle (Reichsiedlungskommissar) ist weggefallen. Neue Anträge werden nunmehr von den Länderregierungen genehmigt, die ihrerseits nachgeordnete Stellen damit beauftragen können. (In Preußen sind z. B. die Regierungspräsidenten dafür zuständig.)

Als Siedler kommen nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden und während einer von den Trägern der Siedlung zu bestimmenden Mindestzahl von Arbeitstagen an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet haben. Sie oder ihre Familienangehörigen müssen für die Bewirtschaftung der Stelle geeignet sein. Besonders bevorzugt sollen langfristig Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien werden.

Die Siedlerstellen müssen so groß sein, daß die Beschaffung des Lebensunterhaltes für die Familien der Erwerbslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird, so daß in absehbarer Zeit die öffentlichen Fürsorgekosten für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen gesenkt werden können. In der Regel sollen die einzelnen Stellen nicht unter 600 und nicht über 5000 qm groß sein.

Das einzelne Siedlungshaus muß nachstehende Mindestraumzahl und Mindestraumgröße aufweisen:

1. Wohn- und Kochraum	14 qm
2. Elternschlafraum	12 qm
3. Kinderschlafraum	8 qm
4. mindestens ein weiterer Schlafraum bei Familien mit vier und mehr Kindern	8 qm

- 5. Wirtschaftsflur (zum Abstellen, Waschen, Futterkochen usw.) 6 qm
- 6. Kleintierstall 6 qm
- 7. Keller 8 qm
- 8. Abort.
- 9. Futterboden.

Als Bauform wird das eingeschossige Einfamilienhaus mit ausbaufähigem Dachgeschoß als Einzel- oder Doppelhaus bevorzugt. Wohnlauben, Baracken oder sonstige Primitivbauten dürfen mit Reichsdarlehen nicht gefördert werden. Zum Bau sollen nur inländische Baustoffe verwendet werden. Bei Massivbauten muß das Mauerwerk aus Normalvollsteinen mindestens 25 cm, mit Luftisolierung mindestens 30 cm stark sein. Bei Holzbauten gelten die vom Normenausschuß aufgestellten Qualitäten. Normen für Holzhäuser, Blockhausbauten sind aus 7 cm starken Bohlen zulässig.

Die Kosten für den Aufbau und die Einrichtung einer Stelle dürfen ausschließlich Grunderwerb 3000 M nicht übersteigen. Ein Teil dieser Kosten soll durch die eigene Arbeit der anzusiedelnden Erwerbslosen aufgebracht werden. Zur Deckung des Restbetrages gewährt ihnen das Reichdarlehen bis zum Höchstbetrag von 2500 M je Stelle. Für jede Siedlerstelle, in der eine kinderreiche Familie mit vier und mehr im elterlichen Haushalt lebenden Kindern untergebracht wird, wird entweder für die ersten drei Jahre ein Zinsnachlaß von jährlich 40 M oder ein einmaliger Baukostenzuschuß von 120 M gewährt.

Die bisherige starre Markgrenze für die Baukosten kann jetzt überschritten werden, und zwar bis zu 500 M. Voraussetzung dafür ist, daß die Beschaffenheit des Siedlungsgeländes, die Geländeaufschließung oder die Wasserversorgung besonders hohe Kosten erfordern oder die Größe der Familie oder der Beruf des Siedlers eine Vergrößerung des Bauvorhabens notwendig machen.

Bei gleichzeitigem Vorliegen je einer dieser Voraussetzungen kann eine Überschreitung der Höchstkosten bis zu 1000 M zugelassen werden. Voraussetzung der Zulassung einer Überschreitung der Höchstkostengrenze ist in jedem Falle, daß die Gesamtbelastung des Siedlers trotz der höheren Baukosten 25 M monatlich nicht übersteigt.

Die jährliche Belastung des Siedlers mit Zins und Tilgungsrate für das Baukapital einschließlich des Darlehens aus Reichsmitteln darf folgende Sätze nicht überschreiten:

bei einem Reichsdarlehen			
bis zu	2500 M	3000 M	
und einer Baukosten-			
höhe bis zu 3000 M	140 M	—	
3500 M	180 M	165 M	
4000 M	220 M	205 M	

Nach den Richtlinien können jetzt auch Einzelsiedler Reichsdarlehen erhalten. Es wird sich hierbei insbesondere um Personen handeln, die das erforderliche Bauland bereits besitzen. Die Entscheidung, ob Einzelsiedler mit Reichsdarlehen bedacht werden, ist den Gemeinden überlassen. In den meisten Fällen werden jedoch wohl die Gemeinden schon aus Gründen der größeren Wirtschaftlichkeit (geringere Kosten beim Bau von Versorgungsleitungen und Straßen) sich für die Finanzierung von Gruppensiedlungen entscheiden.

Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Auswahl geeigneter Siedler ist Sache der Träger in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen.

Für Auskunft in Siedlungsangelegenheiten und für die Einreichung der Anträge zur Gewährung von Reichsdarlehen sind die Gemeinden bzw. Gemeindebehörden zuständig. Sa.

Schlichterkündigung

Eines der bedeutendsten Organe des Schlichtungswesens sind die Schlichter, die in verschiedenen Landesteilen eingesetzt wurden. In Berlin amtierte der bekannte Kollege Rudolf Wiffell, der seine langjährige Tätigkeit mit großem Geschick und sozialem Verständnis ausgeübt hat. Es kennzeichnet den reaktionären Kurs, daß Wiffell vom Reichsarbeitsminister zum 1. September gekündigt wurde. Damit hat die Regierung dem Drängen der Scharfmacher im Unternehmerlager nachgegeben. Die Kündigung dieses befähigsten Mannes kann als der Anfang des Abbaues im Schlichtungswesen gedeutet werden. Ein weiterer Beweis, daß die Reaktion obenauf ist.

¹⁾ Richtlinien für den zweiten Abschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose. Reichsarbeitsblatt Teil I Nr. 19 S. 133.

Berühmte Männer als Raucher

Von H. Max Grempe (Berlin-Friedenau)

(Nachdruck verboten)

Die landläufige Meinung geht gewöhnlich dahin, daß berühmte Männer, sofern sie — was meistens der Fall ist — zu den Rauchern gehören, auch in der Wahl des von ihnen beliebten „Krauts“ gewisse Maßstäbe vorbildlich sein müßten. In der Öffentlichkeit ist man z. B. gewöhnlich schon erstaunt, wenn man erfährt, daß ein Mann, der es infolge seiner guten sozialen Position „doch dazu hat“, nicht ständig teure Importen oder hochwertige Zigaretten raucht, sondern sich mit einem Durchschnittsfabrikat oder wohl gar mit einer recht billigen Marke „begnügt“.

Was die Geldauswendung für den Tabakgenuß hervorragender Männer anbelangt, so spielt hier häufig der Gesichtspunkt eine Rolle, daß sie in jungen Jahren durchaus nicht mit Glücksgütern gesegnet waren. Daher wurde bei diesen Leuten, gingen sie zum Rauchen über, der Tabak weniger als angenehmes Genußmittel, denn vielmehr als Anregung für die Nerven betrachtet. Männer dieser Art hatten in ihrem Orango, trotz bescheidener Herkunft, schnell und nachdrücklich vorwärts zu kommen, keine Zeit, um mit teurem Kraut durch das kunstvolle Blasen von Ringen usw. ästhetischen Eindruck zu schinden. Die Leute dieses Schlages griffen dann in ihren jungen Jahren zu einem Rauchfabrikat, welches ihrem Geldbeutel angepaßt war und dem Zweck der Nervenregung entsprach. Was gerade Geistesarbeiter an Nervenaufräumungsmitteln verschiedenster Art ge- und verbrauchen, das wissen oft nur Eingeweihte. Peitschte z. B. Nietzsche seine Nerven dadurch auf, daß er die Füße in eiskaltes Wasser tauchte, so bleibt nach wie vor der Tabakgenuß in irgendeiner Form für viele bedeutende Männer das Anregungsmittel, welches bei vernünftigem Gebrauch nicht einmal ihre Hausärzte beunruhigen kann. Aber gerade darum, weil solche Persönlichkeiten sich mitunter in jungen Jahren an ein bestimmtes, verhältnismäßig billiges „Kraut“ gewöhnt haben, ist es menschlich begreiflich, daß sie dann selbst oft nicht dazu übergehen, für den täglichen Gebrauch besonders teure Fabrikate zu bevorzugen, wenn sie es sich später leisten können.

Von dem preußischen Finanzminister Miquel wird erzählt, daß er ein Endenraucher war, daß er also eine Zigarre — wenn es nur Ort und Zeit erlaubten — an der anderen anzündete. Besuchern bot aber dieser reiche Mann nicht aus seiner Zigarrentasche an. Die Glimmstengel für seine Besucher nahm er vielmehr aus einer besonderen Kiste. Wer nun meinte, daß der Herr Minister den Gast mit einer schlechten Marke abspesen wollte, der irrte sich. Es wird erzählt, daß Miquel selbst seine Nerven an ein Kraut gewöhnt hatte, welches für andere Sterbliche mehr Marke „Erkönig“ — erreichte den Hof mit Mühe und Not — gewesen sei. Die Borenthaltung der Zigarren des eigenen Verbrauchs war also bei diesem bedeutenden Manne eine zarte Rücksichtnahme auf seine Gäste, denen er ein Rauchkraut anzubieten pflegte, welches auch ver-

wöhntem Geschmack genügte. Auch Miquel war einmal Student mit bescheidenen Mitteln, aber mit damals politisch recht „verdächtigen“ Ansichten gewesen.

Daß Künstler und Künstlerinnen Anregungsmittel brauchen, ist genau so bekannt, wie daß bei diesen Naturen der Tabakgenuß sehr beliebt ist. Es liegt sowieso im Zuge der Zeit, daß die leichte und elegante Zigarette bevorzugt wird. Sie kann auf Proben und kurz vor dem Auftreten, in Pausen und bei sonstigen kurzen Zeitgelegenheiten noch mit Genuß aufgeraucht werden, wo sich das Anzünden einer Zigarre für einen Raucher von Geschmack nicht lohnt. Sind daher Zigaretten schon im allgemeinen bei Künstlern immer beliebter geworden, so ist es kein Wunder, daß besonders begnadete Bühnenhelden diesem kleinen Tabakfabrikat ihre Gunst an Tagen großer Leistungen in bemerkenswertem Umfang zuwenden. Aber auch hier zeigt sich oft, daß gerade der erfolgreiche Künstler eine außerordentlich bescheidene Zigarette verpufft, während der sorglos dahinlebende Theaterheld mit geringem Einkommen Zigaretten möglichst teurer Preislagen solange bevorzugt, wie sein Geld oder Vorschuß reicht.

Ein Beispiel für diese Wahl ist Caruso. Der berühmte Sänger, dessen wunderbare Stimme glücklicherweise der Nachwelt durch die Aufnahmen auf den Gramophonplatten für Sprechapparate erhalten geblieben ist, war kein Qualitätsraucher. Emil Vedner, der jahrelang sein Reifemarschall war, hat über Caruso als Raucher hochinteressante Mitteilungen gemacht, aus denen an dieser Stelle folgendes hervorgehoben zu werden verdient: Caruso war trotz seiner langen Bühnentätigkeit vor großen Vorstellungen von schwerem Lampenfieber gequält. In diesem Zustand trat jede vernünftige Erwägung zurück. Caruso peitschte seine Nerven, zur Verzweiflung seiner Umgebung, dann außerordentlich auf. Sein Verbrauch an Zigaretten war ein Maßstab für seinen Zustand. An und für sich war dieser hervorragende Sänger kein starker Raucher. Zigarren genoß er z. B. überhaupt nicht. In spielfreien Tagen genügten ihm schon 8 bis 10 Zigaretten. Aber an Spieltagen, und besonders an solchen mit großen Anforderungen an sein Können, da stieg der Verbrauch außerordentlich. Mußte Caruso in Aida, Pagliacci, Tosca usw. auftreten, dann waren vom frühen Morgen bis nach Schluß der Vorstellung Hotel- und Ankleidezimmer in Rauch gehüllt. Neben Schminken und Puder befand sich immer die Zigarettendose. Nach einer Aida-Vorstellung in der deutschen Reichshauptstadt wurden z. B. in dem zum Abwerfen der qualmenden Zigaretten aufgestellten Wasergefäße nicht weniger als 15 Zigarettenreste gefunden. Alle Vorstellungen seiner Berater halfen da nichts. Caruso meinte zu allen Bitten auf Schonung seiner Nerven, daß er nicht singen könne, wenn er nicht entsprechend rauchen würde. Nur das Rauchen „beruhigte“ seine Ner-

ven in dem Maße, um den Anforderungen großer Rollen gewachsen zu sein.

Aber was rauchte dieser hervorragende Sänger und Millionär? Unser Gewährsmann sagt darüber: Caruso hatte bei einem Auftreten im Orient eine Zigarette entdeckt, die in der dortigen Gegend hauptsächlich von den Rauchern bevorzugt wurde, die in freier Luft arbeiten. Nach dem Urteil von Vedner war diese Zigarettenmarke ein „fürchterliches Kraut“; aber gerade dieses hatte es dem berühmten Sänger angetan. Derartige Zigaretten wurden regelmäßig in großen Mengen im Reisegepäck mitgeführt. Nicht nur in Europa war diese „Marke“ Carusos ausschließlicher Liebling, sondern sie wurde in so großen Mengen gekauft und ergänzt, daß sie selbst für lange Gastspielreisen in Amerika ausreichte. Von der Bevorzugung dieses Krauts war Caruso auch nicht abzubringen. Als er mit einem Zigarettenfabrikanten eine Unterhaltung gehabt hatte, sandte ihm dieser am nächsten Tag in das Hotel einen wunderbaren Blumenstrauß, der in terrassenförmigem Aufbau eine große Auswahl der besten und kostbarsten Zigaretten enthielt. In den nächsten Tagen fand Caruso diese Glimmstengel auch vortrefflich und duftig. Dann aber ging er wieder zu seiner Leibmarke über, der er bis zu seinem Lebensende treu blieb.

Da Tabak ein Anregungsmittel ist, welches auf die Geschmacksnerven wirkt, so ist diese Erscheinung im übrigen gar nicht so sehr verwunderlich. Dem Raucher kommt es eben darauf an, denjenigen Tabak, der ihm für seine Geschmacksnerven den höchsten Genuß bereitet. Läßt sich über den Geschmack überhaupt nur schwer streiten, so gilt das, wie die Wahl billiger Tabakfabrikate dieser hervorragenden Männer beweist, ganz besonders auch für „Rauchwaren“.

Taucht schließlich noch die Frage auf, ob das Rauchen schädlich ist, so kann man auf Bismarck verweisen, der die lange Pfeife genau so liebte wie die starke Zigarre — und es bekanntlich auf 88 Jahre brachte.

Albert Bergholz MdR

Wir können den Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes die erfreuliche Mitteilung machen, daß unser Kollege Albert Bergholz (Zeitz), der schon vor der Septemberwahl 1930 dem Reichstag angehörte, nunmehr wieder als Vertreter des Wahlkreises Merseburg in den Reichstag einzieht. Indem wir dem Kollegen Albert Bergholz auf diesem Wege unsere besten Glückwünsche übermitteln, wissen wir, daß er sich im Reichstag ebenso wie früher mit dem ihm eigenen Temperament für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie einsetzen wird.

Das Erwachen des Menschen

Das Wesen des Menschen ist sein Geist, seine Seele. Aber die ist heute in Gefahr. Mit der Rot, mit der Mechanisierung, mit dem Mammonismus verkümmert der Mensch.

Das sagen und schreiben viele Menschen, auch viele aus anderem Lager. Und aus dem Gefühl der Versklavung des Menschen in dieser Zeit erhebt in ihnen eine starke Sehnsucht nach einem sittlichen Ethos, einem neuen Erleben des echten Menschen. „Liebeskräfte, die tiefsten Kräfte, wären zu einer neuen deutschen Humanität erforderlich, Kräfte, die nur aus einem ethischen oder religiösen Glauben kommen können. Aber hier geraten wir erst recht ins Chaos. Unsere offizielle und offiziöse Ethik hat keinerlei bewegende und hinreichende Kraft mehr.“

Mit diesem Worte aus einem Buche, das in der geistigen Welt Aufsehen erregte, treffen wir den letzten geistigen Kern des Übels der Zeit. Der alten Zeit ist die Seele erstorben, und auch der nationalsozialistischen Bewegung, diesem letzten großen Versuche einer Erhaltung des Alten, fehlt gänzlich die Seele und die sittliche Idee. Wohl redet man da viel von sittlicher Erneuerung. Aber auch dieser letzte Versuch des Alten ist innerlich, seelisch tot.

Man denkt im Nationalsozialismus nicht aus dem Geiste. Man denkt aus dem Leib. Und darum gilt als das Höchste der Muskel und nicht das Hirn.

„Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen“, sagte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag (vgl. „Völkischer Beobachter“ Nr. 181 vom 7. 8. 29), „und 700 000 bis 800 000 der Schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein.“

Also Kräftesteigerung im Sinne des Muskels, der „Rasse“. Nicht Kräftesteigerung im Sinne des Ethischen und des Geistigen.

Darum gilt dem Nationalsozialismus auch nichts von dem, was zu allen Zeiten die Seele der Ethik gewesen ist. Nicht gelten Liebe, Freundlichkeit, Gerechtigkeit, Verständnis, Mitleid. Nein, der „sittliche“ Kern des Nationalsozialismus ist die Brutalität. Und damit kennzeichnet der Nationalsozialismus am deutlichsten, daß auch er nicht die innerliche, sittliche Kraft hat, die allein aus diesem Chaos erheben kann.

„Der härteste Mann ist für die eiserne Zukunft gerade noch hart genug“, schreibt Rosenberg in seinem Buche „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Und Goebbels bestätigt: „Wir werden erst dann ans Ziel gelangen, wenn wir Mut genug haben, lachend zu zerstören, zu zertrümmern, was uns einst heilig war, als Tradition, als Erziehung, als Freundschaft und menschliche Liebe.“

Ist es nicht, als wenn die alte Zeit ihre ersterbende Seele zum letzten Male noch aufs brutalste zusammenfaßt, sich zu retten?

Und mitten in diesem sittlichen Chaos doch der Keim eines neuen Ethos im

schaffenden, kämpfenden Volk. Von vielen noch unbeachtet und nicht erkannt. Und von den zünftigen Philosophen völlig übersehen.

Man hört da nur Worte von Arbeitsrecht und von Lohn und Gemeinschaft. Man erlebt nicht den sittlichen Sinn, der dahinter steckt. Man spürt drüben nichts von der geistigen Größe der Wirtschaftsfreiheit. Nichts von dem sittlichen Sinn der Demokratie. Man sieht nur „Mänsen“. Und man ist erhaben.

Aber man ist, so erhaben man sich auch dünkt, innerlich leer. Ohne Tiefe, ohne

Seele, ohne Liebe. Und darum ganz ohne Zukunft.

Es ist nicht so, daß unserer Zeit die große, rettende Seele fehlt, der große Glaube, das sittliche Ethos. Es ist da. Wir alle erleben es täglich. Aber was not tut, das ist das eine: diesen sittlichen, geistigen Kern der Bewegung mehr und mehr herauszuheben, mit unserer Begeisterung zu zünden, und mehr und mehr die Welt lauschen zu lassen auf das große Erwachen der Zeit, das Erwachen des Menschen, das sich da im schaffenden Volke heute zeigt.

Dr. Gustav Hoffmann

Sollen die Rundfunthörer streiken?

Die Gewaltmaßnahmen der Papen-Regierung und das Zurückweichen der Rundfunk-Herren vor den Befehlen der Nazis haben eine solche Verschlechterung der deutschen Rundfunkprogramme zur Folge gehabt, daß schon zahlreiche Republikaner ihren Rundfunk abmeldden. Noch zahlreicher aber sind diejenigen, die in ihren Zuschriften die planmäßige Durchführung eines Streiks aller Rundfunthörer fordern. Sie glauben, daß Regierung und Sendegesellschaften mit Rücksicht auf den drohenden Ausfall an Gebühren zu einer Aenderung ihres neuen Kurfes bewegt werden könnten. Der „Volksfunk“, die große Funk-illustrierte der Eisernen Front, wendet sich jedoch gegen jede Abkehr vom Rundfunk und vor allen Dingen gegen jeden wilden Hörerstreik. Eine solche folgenschwere Aktion könne nur von der Eisernen Front einheitlich veranlaßt werden. Dazu aber scheint die Zeit noch nicht gekommen, zumal die meisten Hörer in der Lage sind, die ihnen durch nationalistische Darbietungen verdorbe-

nen Stunden am Lautsprecher zu vermeiden, wenn sie fremde Stationen einschalten. Das ausführliche Programm fast aller europäischen Sender enthält der „Volksfunk“, dessen neues Heft wieder ungemein vielseitig ist. Der Verfassungstag wird in Wort und Bild gewürdigt. Längere Berichte führen in die Arbeit der Volksbühne ein, in das Wesen des Vamp im Film, in die Neuerscheinungen der kommenden Funkausstellung, in die Bewegung zur Förderung der Freibäder, in die Ereignisse der letzten Zeit. Dem Bastler werden Kurzwellenvorlaggeräte beschrieben. Dazu kommt der Roman aus dem Rothaus, der in Wort und Bild gleich fesselnd ist, Schach- und Rätsellecke, Humor und viele Einführungen.

Der „Volksfunk“ kann bei jeder Postanstalt und jeder Buchhandlung für monatlich 96 S (einschließlich Geräteversicherung) frei Haus bestellt werden. Probehefte sendet der Volksfunk-Berlag, Berlin SW 68, kostenlos.

Fiasko der Regierung Papen-Schleicher

Der „Deutsche Volkswirt“ beschäftigt sich in der Nr. 44 mit den bisherigen Leistungen der deutschen Regierung. Er kommt u. a. zu folgendem Schluß: „Acht Wochen Regierung Papen-Schleicher haben Deutschland innenpolitisch zu einem Trümmerfeld gemacht, von dem niemand weiß, wann und woher die Bausteine für eine Neuordnung gewonnen werden sollen. Aber acht Wochen dieser Regierungskunst haben Deutschland auch in eine außenpolitische Isolierung hineingedrängt, die allmählich unverkennbare Ähnlichkeit mit der Situation von 1914 gewinnt. Die Reichsregierung ist dem französisch-englischen Vertrauenspakt nach einigem Zögern beigetreten. Aber das ändert nichts daran, daß das Verhältnis zwischen Paris und London heute intimer ist, als seit vielen Jahren. Und man mag den praktischen Wert des neuen polnisch-russischen Nichtangriffspakts so gering einschätzen wie man will, er bedeutet eine Entwertung der deutschen Rußlandpolitik, er liefert ein neues

Glied in der außenpolitischen Einkreisung Deutschlands. Denkt man an die feindselige Stimmung, die die deutsche Handelspolitik in Holland und den skandinavischen Ländern hochgezüchtet hat, denkt man an die finanzielle und außenpolitische Ohnmacht Italiens, die sich in dem jüngsten Ministerwechsel deutlich manifestiert hat, so erkennt man mit Beklemmung, wie eng sich der Ring um Deutschland schon geschlossen hat, dem noch vor zwei Monaten Brüning die Sympathien und die Hilfsbereitschaft fast der ganzen Welt gesichert zu haben schien.“

So ist es in der Tat. Innenpolitisch vollständige Zerfahrenheit, ein Trümmerfeld, wie es der Nationalsozialismus zu seinem Aufstieg braucht und außenpolitisch die vollständige Isolierung Deutschlands. Man vergleiche dieses Ergebnis einer kurzen Regierungszeit mit den hochtrabenden Versprechungen, die dem deutschen Volke beim Regierungswechsel gemacht wurden.

Neuabschluss des Tarifvertrages

Am 26. Juli ist es in Mannheim zwischen den Tarifkontrahenten für die Rohtabakvergärung zum Neuabschluss eines Tarifvertrages für die Amtsbezirke Mannheim, Karlsruhe und Bruchsal gekommen, der im großen und ganzen dem bisherigen Tarifvertrag entspricht. Nur bei den Löhnen mußte eine Kürzung in Höhe von 2,5 v. H. in Kauf genommen werden.

Nunmehr betragen bei achttündiger Arbeitszeit die Tagelöhne für Arbeiter im Alter von

	männlich	weiblich
unter 16 Jahren	2,86 M	1,68 M
16 bis 18 Jahren	4,12 „	2,54 „
18 bis 21 Jahren	4,94 „	3,00 „
21 bis 25 Jahren	5,40 „	3,72 „
über 25 und jüngere Verheiratete	6,06 „	3,72 „

Tagung der dänischen Landesorganisation

Kürzlich hat der Ausschuss der Landesorganisation der dänischen Gewerkschaften seine Jahrestagung abgehalten. Aus dem Tätigkeitsbericht, den der Vorsitzende Nygaard erstattete, ging hervor, daß im Berichtsjahre die Zahl der an dem Bund angeschlossenen Verbände um zwei und die Zahl der Mitglieder um 10 427 zugenommen habe. Insgesamt sind in der dänischen Landesorganisation 58 Verbände mit 269 522 Mitgliedern zusammengeschlossen, darunter 44 069 weibliche Mitglieder. Außerhalb der Landesorganisation stehen 19 Verbände und 11 Gewerkschaften, die 84 230 Mitglieder erfassen. Neben der Erörterung des Jahresberichtes beschäftigte sich die Tagung hauptsächlich mit dem Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In einer Entschließung wurden u. a. folgende Forderungen festgesetzt: Einführung der Vierzig-Stunden-Woche für sämtliche Arbeiter im Handwerk, in der Industrie, im Handel und den öffentlichen Betrieben unter Aufrechterhaltung des Reallohnes in möglichst weitgehendem Umfange. Abschaffung aller unnötigen Ueberstunden, Verbot von Doppelbeschäftigung, Organisation öffentlicher Arbeiten und Verlängerung der Schulpflicht. Diese Entschliebung ist mit 91 Stimmen gegen 16 angenommen worden. Die Minderheit hatte Bedenken über die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung, weil diese Formulierung keine wirkliche Garantie für einen entsprechenden Rückgang der Erwerbslosigkeit gewährleistet. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der dänische Arbeitgeberverband, der gleichzeitig eine Tagung abgehalten hat, die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche ablehnte. Vielmehr beschloß er die Kürzung der Löhne um 20 v. H. Auch dies betrachtet er als Mittel zur Milderung der Krise.

Sodenheim. Am 5. August fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Kassen- und Kartellbericht befriedigend aufgenommen wurde, berichtete unsere Kollegin Marie Wolf über die letzten Lohnverhandlungen. Mit scharfen Worten geißelte sie die Raffinertheit der deutschen Zigarrenfabrikanten. Sie betonte, daß Vorstand, Gauleiter und Beiratsmitglieder alles darangesetzt haben, um den geplanten Lohnabbau des N. D. Z. auf ein Minimum herabzudrücken. Das mühsam aufgebaute Tarifwert blieb erhalten. Wenn wir in Zukunft nicht einen Tarif um jeden Preis haben wollen, dann müssen alle Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zugeführt und zu brauchbaren Kämpfern erzogen werden. Vor allen Dingen sei jetzt notwendig, daß in allen Betrieben die Funktionäre auf dem Posten sind, damit nicht unter Tarif gearbeitet wird. Die Referentin schloß mit den Worten: Zähneknirschend mußten wir einen Lohnabbau schlucken, aber Zähneknirschend werden wir uns das mit Zinsen in besseren Zeiten wiederholen. Darum vorwärts, aufwärts zum Kampf für Freiheit! Die Kollegenchaft ist wohl sehr erbittert über den Lohnabbau, erkennt aber an, daß Vorstand, Gauleiter und Beirat ihre Pflicht getan haben. Kollege Marter schloß die Versammlung mit dem Appell: Nicht nur in dieser schweren Zeit dem Verband die Treue zu bewahren, sondern demselben auch neue Mitglieder zuzuführen.

Lobenstein. Vom 3. bis 5. August referierte der Gauleiter Kollege Schomburg in den Versammlungen in Lobenstein, Wurzbach und Beßten über die Reichstarifverhandlungen in Hamburg und den Bezirkstarifverhandlungen in Leipzig. Redner schilderte die äußerst schwierigen Lohnverhandlungen sehr eingehend. Zusammenfassend führte der Redner etwa folgendes aus: Betrachtet man die wahnsinnigen Lohnabbauanträge der Zigarrenfabrikanten, so muß ohne weiteres gelagt werden, daß der übergroße Teil ihrer Forderungen abgewehrt ist. Leicht ist es unseren Vertretern nicht gefallen, einem Lohnabbau, bei den schon so äußerst geringen Löhnen der Zigarrenarbeiter, zuzustimmen. Die entscheidende Frage aber lautete für unsere Vertreter, Erhaltung eines halbwegs vernünftigen Tarifvertrages, oder Zerstückelung des unter großen Opfern errungenen Reichstarifvertrages. Letzteres hätte zweifellos, bei 50 Prozent arbeitsloser Zigarrenarbeiter, weiteren 30 Prozent Kurzarbeiter und nur zirka 20 Prozent Vollarbeiter, zu unheilbaren Zuständen innerhalb der Zigarrenindustrie geführt. Ohne Abschluß eines Tarifvertrages hätten die Zigarrenfabrikanten die Löhne bedeutend weiter herabgesetzt, als es jetzt schon leider der Fall ist. Daß die Zigarrenfabrikanten überhaupt diese unsinnigen Lohnabbauanträge stellen konnten, ist nur darauf zurückzuführen, daß heute ein Teil der Kollegenchaft glaubt, den Verband nicht mehr gebrauchen zu müssen. Mit einem Appell an die Kollegenchaft, in dieser schweren Zeit unermüdet für den Verband zu werben, um zu gegebener Zeit die verlorene Position zurückerobern zu können, schloß der Kollege Schomburg seine Ausführungen. Diskussion erfolgte, in der Ueberzeugung, daß es unseren Vertretern nicht möglich war, einen besseren und günstigeren Abschluß zu tätigen, in den Versammlungen nicht. Jedoch wurde in allen Versammlungen eine Neuregelung der Verbandsbeiträge gefordert.

Schöned. Am 1. August fand im Ratskeller eine Mitgliederversammlung statt. Kollege F i d e r trug die Abrechnung vom 2. Quartal vor. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Gauleiter Kollege Schomburg berichtete sodann von den Tarifverhandlungen in Hamburg und Leipzig. Aus

seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß es große Schwierigkeiten bei den Verhandlungen gab und daß es sehr schwer war, die Zigarrenfabrikanten von ihren wahnsinnigen Abbauforderungen abzubringen. Der Abschluß kann uns bestimmt nicht befriedigen, aber noch schlimmer wäre es für die Zigarrenarbeiterschaft geworden, wenn es überhaupt zu keinem Abschluß eines Tarifvertrages gekommen wäre. Besonders gefährlich hätte sich ein tarifloser Zustand für die Schönedener Arbeiterschaft ausgewirkt, denn wir wissen ja noch gar zu gut, wie die Friedenslöhne am Orte waren. Redner schilderte, wie hart um alle Positionen in Hamburg und Leipzig gekämpft wurde, und der Streit um 2 bis 3 J pro Tausend Zigarren oft stundenlang ging. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Kollegenchaft auf, dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen des neuen Tarifvertrages respektlos durchgeführt werden; dafür zu sorgen, daß die letzten unorganisierten Tabakarbeiter zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband geführt und aufgeklärt werden, damit wir fest und geschlossen für eine bessere Zukunft kämpfen können. Kollege F i d e r erläuterte ebenfalls kurz die Verhandlungen in Leipzig, die bis Mitternacht dauerten und daß er selbst miterlebt hat, daß man sich wegen ein halbes Prozent über 3 Stunden hat streiten müssen. Er wünschte, daß all diejenigen, die heute schreien, der Verband nütze nichts mehr, einmal Gelegenheit hätten, einer Lohnverhandlung beizuwohnen, diese Leute würden dann bestimmt anderer Meinung werden. Redner kam noch auf einige hiesige Fabrikanten zu sprechen, die ihren Arbeitern erklärt haben, sie selbst wollten keinen Lohnabbau haben, die Arbeiter verdienen doch schon jetzt sehr wenig. Diese mehr als eigenartigen Behauptungen müsse man entschieden zurückweisen, um so mehr, da ja die Schönedener Zigarrenfabrikanten bei den Lohnverhandlungen in Leipzig vertreten waren. Kollege F i d e r gab dann noch einen kurzen Bericht über die stattgefundene Gaukonferenz in Leipzig. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende mit dem Mahnruf „Bleibt geschlossen im Verband“ und mit dem Kampfruf „Freiheit!“ die gut verlaufene Versammlung.

Bekanntmachungen

Am 13. August ist der 33. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 28. Juli. Blotho 100.—
- 29. Hamburg 520.—
- 30. Bünde 2000.—, Leopoldshöhe 16.20, Elbing 600.—, Berlin 400.—
- 1. August. Münchhof 24.—, Schöned 200.—
- 2. Kirchardt 200.—, Wittkühn 231.40, Baden-Baden 400.—, Wansen 130.—
- 3. Breslau 600.—
- 4. Braunschwalde 100.—
- 6. Sodenheim 250.—
- 8. Nordhausen 300.—

Bremen, den 9. August 1932.

J. Krohn.

Unserer lieben Kollegin
Marie Gluth
 und ihrem Bräutigam, Kollege
Philipp Drechsel
 zu ihrer Vermählung die herzlichsten
 Glückwünsche.

Die Kollegen der Firma
Peln & Co., Geroldsgrün

Wie wird in Deutschland regiert werden?

Die größte parlamentarische Schlacht aller Zeiten liegt hinter uns. Das Kabinett der Barone hatte sich erst gar nicht die Mühe gemacht, sich dem Reichstag zu stellen. Nach den Wünschen der Nationalsozialisten wurde der Reichstag aufgelöst und eine neue Wahl ausgeschrieben, damit „der politische Wille des deutschen Volkes“ zum Ausdruck kommt. Das deutsche Volk hat nunmehr gesprochen.

Das Resultat der Wahl ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhielten 133 Mandate gegen 136 im alten Reichstag, die NSDAP. wurde mit 230 Mandaten zur stärksten Partei. Sie gewann 129 Mandate. Die Kommunisten hatten einen Gewinn von 11 Mandaten und ziehen mit 89 Abgeordneten in den Reichstag ein. Die Fraktionsstärke des Zentrums beträgt hinfort 76 gegen 69 im alten Reichstag. Die Deutschnationalen gingen von 42 auf 37 Mandate zurück. Die Deutsche Volkspartei behält von 27 Mandaten 8 und die Staatspartei von 16 Mandaten 4. Von den übrigen Parteien ist noch die Bayerische Volkspartei zu nennen, die mit 22 gegen 19 Mandaten in den Reichstag einzieht. Insgesamt besteht der neue Reichstag aus 607 Abgeordneten gegen 577 bisher. Abgegeben wurden 36 845 279 Stimmen. Davon erhielten die Nationalsozialisten 13,7 Millionen oder 37,3 v. H., die Sozialdemokraten 7 951 245 oder 21,6 v. H., die Kommunisten 5 278 000 oder 14,3 v. H., das Zentrum 4 586 501 oder 12,5 v. H., die Deutschnationalen 2 172 941 oder 5,8 v. H. und die Bayerische Volkspartei 1 190 453 oder 3,3 v. H. Die übrigen Parteien wurden bedeutungslos.

Schon auf den ersten Blick erkennt jeder, daß der neu gewählte Reichstag nicht arbeitsfähig ist. Die gegenwärtig am Ruder befindliche Regierung hat keine Mehrheit erhalten. Günstigenfalls könnte sie 283 Stimmen für sich in Anspruch nehmen, denen die Mehrheit von 324 Stimmen gegenübersteht. So ist die Sachlage. Die Nationalsozialisten sind, man mag es beklagen oder nicht, die stärkste Partei geworden. Die zügellose Agitation, der blutige Terror der uniformierten Banden und die faustdicken Lügen haben ihre Wirkung auf die unwissenden Bevölkerungsschichten nicht verfehlt. Trotz alledem kann man die Feststellung machen, daß die nationalsozialistische Sturmflut zum Stehen gekommen ist. Gegenüber den letzten Landtagswahlen fand nur hier und da eine Vermehrung, aber in wichtigen Wahlkreisen eine Verminderung statt.

Im In- und Auslande dürfte die Frage aufgeworfen werden: Woher stammen die 13,7 Millionen nationalsozialistischer Wähler? Gehen wir von der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 aus, wo die Nazis zum ersten Male als parlamentarische Gruppe in Erscheinung traten, so dürfte nachstehende Schlussfolgerung richtig sein: Die Nazis haben seit Mai 1928 ihre Stimmenzahl um 13 Millionen vermehrt. Davon dürften 3 Millionen aus der Partei der Nichtwähler stammen. Etwa die gleiche Zahl sind Jungwähler und der Rest in Höhe von 7 Millionen ist den übrigen Parteien entzogen worden oder besteht aus aufgefammelten Splittstimmen. Der Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien außerhalb des Zen-

trums gibt einen Fingerzeig, wo die ehemaligen Wähler dieser Parteien geblieben sind. Der Einbruch in die sogenannte „marxistische Front“ ist auch jetzt mißlungen. Die Eisernen Front steht. Eine systematische Aufklärungsarbeit von nun ab wird sie noch wesentlich verstärken. Die bürgerlichen Mittelparteien sind nur noch in kleinen Restgruppen vorhanden. Im Reichstag wogt hinfort der Kampf zwischen den vier großen Parteien Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten und Zentrum einschließlich Bayerische Volkspartei.

Wir bemerkten bereits oben, daß dieser Reichstag wenig arbeitsfähig sein wird. Die beiden Parteien, die von der Krise am meisten profitierten, Nationalsozialisten und Kommunisten, besitzen die Mehrheit. Sie können, wie es beispielsweise im Preussischen Landtag geschah, von sich aus bestimmte Beschlüsse herbeiführen. Daß aber dieses Gespann nicht dauernd zusammengekoppelt werden kann, dürfte feststehen. Ohne Zutritt des Zentrums ist eine parlamentarische Regierung nicht möglich. Die gegenwärtige Regierung hängt also nach wie vor in der Luft. Es wird an Bemühungen der Herren Papen und Schleicher nicht fehlen, eine Verbindung zwischen den Nazis und dem Zentrum herzustellen. Bei der nicht geringen Feindschaft, die zwischen diesen beiden Parteien besteht, dürfte dies kein leichtes Beginnen sein.

Die Nationalsozialisten stehen jetzt vor der Entscheidung, sich entweder in eine Koalition mit dem Zentrum zu begeben oder weitere unfruchtbare Demonstrationen zu machen. Begeisterung ist

Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“
Von Michel Schlagzu

III

Herr Düßen gibt Auskunft

Herr Düßen erwartete sie.

„Na, Säfchen, erzählen Sie mal, was haben Sie denn heute morgen alles Schönes gesehen? Die Buddelfrisen? Na ja, das tut dem jungen Volk mal wieder gut, richtig zu arbeiten. Haben lange genug gefaulenzt. Sehen Sie, meine Herren, es ist ein Glück, daß mit dem „System“ Schluß gemacht ist. Das System in der Republik war richtig dazu angefaßt, die Leute zu verderben. Wenn einer krank wurde, dann ist er zum Arzt gegangen, hat Krankengeld bekommen und wurde vielleicht noch im Krankenhaus durchgefüttert. Die Leute wurden alle Tage krank. Sehen Sie, mit diesem System haben wir Schluß gemacht.“ Herr Düßen warf sich in den Sessel, daß es krachte. „Mein Freund Adolf hat erst gemeint, er könne doch die Sozialversicherung nicht abschaffen, denn seine Partei wäre schließlich eine „sozialistische“ und

eine „Arbeiterpartei“. Aber Adolf, hab ich ihm gesagt, Adolf, die Arbeiter haben bei uns Nazis, sowieso nichts zu sagen, weshalb dann immer noch Theater spielen! Ich war dabei, als am 8. November 1931 unser jetziger Reichsarbeitsminister, Pg. Wagener, ausdrücklich erklärt hat: „Wir Nationalsozialisten sind grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung.“ Und, Adolf, ganz richtig hat er am 4. Juli 1930 in München schon gesagt, daß die Sozialversicherung eine räuberische Erpressung an den Besitzenden ist, und du warst ganz damit einverstanden. Da hat mein Freund Adolf gemeint...“

Der SAß. flüsterte Herrn Düßen etwas ins Ohr, aber der wehrte ab: „Sie haben hier überhaupt nichts zu sagen. Wir Unternehmer, die wir der Partei das Geld geben, wir können tun und lassen, was wir wollen...“

Toni unterbrach verbindlich: „Sie wollten wohl weiter erzählen, Herr Düßen.“ „Ach ja, mein Freund Gottfried Piepmatz — so nennen wir unter uns unseren lieben Reichsbankdirektor Gottfried Feder — der hat den Leuten schon am 4. Dezember 1930 im Reichstag ge-

sagt: „Sie haben gar keinen Grund, uns Nationalsozialisten sozialistische Tendenzen unterzuschreiben. Darüber waren so ein paar brave Arbeiter sehr erstaunt. Die Ochsen haben tatsächlich geglaubt, daß der Hitler ein Sozialist ist. Ne, meine Herren, für so dumm sollte man uns doch nicht halten! Wir von der Schwerindustrie, wir haben dem Hitler das Geld gegeben, weil er immer feste mit für Lohnabbau war und gegen die Gewerkschaften und gegen Krankengelder und all so nem Zimt. Das war doch ein famoser Trick, so eine Sache als sozialistisch aufzuziehen! — SAß., wenn es Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie raus und lassen Sie sich 'nen Kognak geben, aber sitzen Sie nicht da, als ob die Welt unterginge. Ich bin zwar ein bißchen lustig, aber hier wird kein Wort zuviel gesagt.“

„Sie kennen Herrn Hitler persönlich?“ fragte Toni. „Und ob ich den guten Jungen kenne! Den kenn' ich schon sooo lange; vor 10 Jahren schon hat er von mir Geld bekommen. Ach, und wie oft wohnt er bei einem von uns von der Schwerindustrie.“ „Herr Hitler soll doch so einfach leben?“ „Na, was man so einfach nennt. Wenn er in Berlin wohnte,

keine Heringswäre, die man einpöckeln kann. Das gilt auch für die Nazis. Die nationalsozialistischen Wähler erwarten nunmehr, daß ihre Partei die Dinge in Deutschland entscheidend verändert. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß dies der Hitlerpartei gelingt, dürfte diese auf ihren Höhepunkt angelangt sein. Unter allen Umständen muß Hitler jetzt aus der unfruchtbareren Opposition heraus und zur Verantwortung gebracht werden, dann wird es sich erweisen, was diese Demagogen zu leisten vermögen. Das Erwachen ihrer Anhänger wird furchtbar sein.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich, das darf man ohne weiteres sagen, glänzend geschlagen. Einen zügellosen Ansturm von Lüge und Verleumdung von rechts und links mußte sie über sich ergehen lassen. Trotzdem vermochte sie gegenüber den Landtagswahlen ihre Stimmzahl um Hunderttausende zu vermehren. Nun ist es ihre Aufgabe, der neuen Volksvertretung praktische Vorschläge zur Milderung und Behebung dieser furchtbaren Krise zu unterbreiten. Die SPD. wird als Anwalt des arbeitenden Volkes gesetzgeberische Maßnahmen vorschlagen, die die Lage der Arbeitslosen, der Rentner, der Kurzarbeiter usw. zu erleichtern in der Lage sind. Sie wird Vorschläge machen müssen, wie die gefährdete Sozialversicherung gerettet werden kann, kurzum, sie wird die neuen Volksvertreter zur klaren Verantwortung zwingen. Fundiert auf feststehende Tatsachen wird sie die schwankenden Gestalten in die Zange nehmen, damit sie ihre Stellungnahme nicht verleugnen können.

Wir vertrauen darauf, daß die Fraktion der SPD. ihre Schuldigkeit in dieser Beziehung tun wird. Uns anderen aber erwächst die unabwiesliche Pflicht, außerhalb des Parlaments den Kampf gegen Dummheit, Lüge und Verleumdung weiterzuführen. Die Organisierung der Arbeitermassen, die durch diese Krise

schwankend geworden sind, ist die unbedingt voraussetzung für die Besserung der zukünftigen Lage. Einmal muß die Krise ein Ende nehmen und wenn dies der Fall ist, dann gilt es wieder systematische Organisationsarbeit zu leisten und die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Die letzten Wahl-

kämpfe in Deutschland waren ein Prüfstein für den brüderlichen Zusammenhalt der Hand- und Kopfarbeiter. Selbst der blutigste Terror hat die Eiserne Front nicht zum Wanken gebracht. Diese Schicksalsgemeinschaft zu einem dauernden festen Bestandteil zu machen, ist die Aufgabe der Zukunft.

Das ist sozialistische Wirtschaftspolitik!

Die österreichische Hauptstadt Wien wird von der Sozialdemokratie fast vollständig beherrscht. Man konnte gespannt darauf sein, welchen Einfluß diese furchtbare Wirtschaftskrise auf die Verwaltung der Stadt Wien ausgeübt hat. Der stärkste Mann der Wiener Verwaltung ist bekanntlich der Finanzdezernent Hugo Breitner. Aus einem Artikel desselben erfährt man, welche Wirtschaftspolitik Wien in der Krise eingeschlagen hat. Wir entnehmen folgende Einzelheiten daraus:

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1932 ist mit aller Vorsicht abgefaßt. Wie etwa ein Segelschiff auf hoher See, wenn schwerer Sturm droht, die Segel einzieht, ohne aber seine Manövrierfähigkeit aufzugeben, wurden im wesentlichen nur jene Ausgestaltungs- und Erneuerungsarbeiten zurückgestellt, die nicht gerade zwingenden Charakter haben; nicht zurückgestellt wurden aber die für die Allgemeinheit besonders wichtigen, vor allem aber auch den Arbeitsmarkt belebenden Ausgaben; so wird beispielsweise die Fertigtstellung der begonnenen Bauten, vor allem der Wohnhausbauten, mit allen Kräften beschleunigt. Vor allem sind wir uns aber bewußt, daß die meisten Sparmaßnahmen nur vorübergehender Natur sind. Ihre sozialen Aufgaben wird die Gemeinde Wien im großen und ganzen erfüllen können. Beim Ausbau der Fürsorge muß allerdings eine Pause eintreten, doch war gerade auf diesem Gebiet das Tempo der Entwicklung ein sehr rasches.

Die laufenden Ausgaben für die Zwecke der Fürsorge werden aber sogar noch größer sein als 1930. Den Wiener Arbeitern und Angestellten sind geringere Abstriche gemacht worden, als denen der anderen öffentlichen Verwaltungen Oesterreichs. Die verhältnismäßig günstige Lage der Gemeinde Wien ist der Hauptgrund, daß die Verwaltung sich von der Aufnahme von Anleihen freigehalten hat. Vom Gesamtaufwand der Gemeinde Wien macht der Schuldendienst kaum $\frac{1}{4}$ v. H. aus. Die Schuldenfreiheit ermöglicht es Wien, einen Voranschlag aufzustellen, der in höchstem Maße sozialen Charakter trägt. Von den gesamten Einnahmen an eigenen Steuern und Abgaben werden 93,5 Millionen Schilling für das Wohlfahrtswesen, 70,6 Millionen Schilling für die Schule und mehr als 50 Millionen Schilling für den Wohnhausbau in Rechnung gestellt. Rund 82 v. H. Steuern und Steuerertragsanteile werden für diese drei Zwecke verwendet. Die niedrigen Tarife der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke kommen gerade in der Zeit der Not der Bevölkerung zugute.

So arbeitet eine vorbildliche Gemeinde, die von Sozialdemokraten geleitet wird. Zwar kann sich auch diese naturgemäß nicht der Krise entziehen. Aber trotz minderer Einnahmen werden die sozialen Aufgaben einer großen Gemeinschaft nicht vergessen. Die Gemeinde Wien zeigt aller Welt, wie gewirtschaftet werden kann.

dann hat er im „Kaiserhof“ logiert. Da kostete ein billigstes Zimmer 24 Goldmark pro Tag. Er hat immer zwölf gehabt, die haben die Kleinigkeit von 288 Goldmark gekostet. Da haben die Sozen Zettel geklebt:

„A-Mann hungert treu und dof,
der Hitler praßt im Kaiserhof.“

Gemein, was? Irgendwie muß das Geld doch unter die Leute kommen.“ „Ich erlaube mir einzuwerfen“, unterbrach der SA-M., „daß unser NSM. weder raucht, trinkt, noch verheiratet ist und dazu vegetarisch lebt.“ „Immer mit de Ruhe, Jungchen! Sehen Sie in meinen vier Wänden, da kann ich so eine tipptoppe Savanna nach der anderen rauchen, aber mein Freund Adolf, dem sie alle auf die Zigarre gucken, der müßte Brennesseln qualmen. Na, das wäre mein Fall doch nicht. Und das mit dem Schnaps! Braucht der Mann ja gar nicht; wenn der eine Stunde geredet hat, dann ist er von seiner eigenen Rede so durchgedreht, als wenn er ein ganzes Faß Bier ausgetrunken hätte. Und daß er nicht geheiratet hat, das ist ja schließlich begreiflich, dann geht das Interesse bei den Weibern flöten, dann kommen die alten Schachteln

nicht mehr in seine Versammlungen. Er hätte ja auch nicht unbedingt zu heiraten brauchen. Aber da ist ja so ein dunkler Punkt. Der Adolf hat uns selbst mal die Urkunde gezeigt, sie hat auch am 31. März 1932 im „Völkischen Beobachter“ gestanden; die haben ihn beim Militär damals gar nicht haben wollen, weil er „zu schwach“ war. Da wird wohl was zurückgeblieben sein. Und vielleicht kann er deshalb keine toten Tiere sehen. Bei den Menschen ist er ja nicht so empfindlich. Und Vegetarier soll er sein? Mir neu. Aber schließlich, wenn einer eine weiche Birne liebt, dann muß er sie schon haben.“

Der SA-M. unterbrach wieder nervös: „Sie wollten den Herren eine Betriebsbestätigung ermöglichen.“ „Ach, dafür bin ich aber gar nicht mehr recht auf den Beinen. Das kann einer meiner Direktoren erledigen.“

Der Dollar steigt

Direktor König begrüßte sie freundschaftlich. „Erzelenz Düssen hat mich schon telephonisch unterrichtet. Sie sehen, ich habe gerade einige Herren bei mir. Aber es dauert nicht lange, bitte, nehmen Sie Platz.“ Der Direktor wandte sich

wieder seiner Besprechung zu: „Also macht eure Sache kurz, bisher habt ihr nur immer drum herum geredet. Was wollt ihr eigentlich?“ „Wir kommen mit dem Lohn nicht aus.“ „Man muß sich eben nach der Decke strecken.“ „Unsere Kinder verhungern uns, wie sollen wir sie denn satt kriegen! Ein Brot kostete gestern 520 000 Mark, wer weiß, was es heute nachmittag kosten wird. Wenn wir mit dem Geld nach Hause kommen, ist es schon fast gar nichts mehr wert.“ „Euer Hirn ist marxistisch verkleistert. Sonst müßtet ihr stolz sein, daß unsere Federmark vom Ausland unabhängig ist.“ „Verdammt noch mal, ich bin stolz, wenn ich meine Kinder satt kriegen, aber nicht, wenn sie mir verrecken.“ „Ihr könnt bloß nicht wirtschaften. Wir sind euch doch schon soweit entgegengekommen, daß wir den Lohn täglich auszahlen. Laßt doch dann eure Frauen vor dem Bettel warten, dann können sie gleich einkaufen gehen.“ „Machen wir ja alles längst. Das ist dann nach Feierabend ein Beheß und Gewürge, noch tausendmal schlimmer als 1923.“ „Aber Mann, ihr müßt doch denken können. Jetzt haben wir den großen Auftrag für Holland be-

Die Zunahme der Zuckerkrankheit

Die Zuckerkrankheit oder der Diabetes ist ein Leiden, das seinen sinnfälligsten Ausdruck in der mehr oder minder beträchtlichen Ausscheidung von Zucker im Harn findet; das ist allerdings vielfach auch das einzige, was der Laie von dieser Erkrankung weiß. Der Harnzucker ist jedoch nur ein Symptom dieser eigentümlichen Krankheit, deren wesentliches Merkmal eine andauernde Erhöhung des Zuckergehaltes im Blut, des sogenannten Blutzuckerspiegels, ist. Auch das normale Blut enthält ständig geringe Spuren von Traubenzucker (Glykose, Dextrose), doch bleibt beim Gesunden der Blutzuckerspiegel, ohne Rücksicht auf die Ernährung, sehr konstant dank seiner Regulationsvorrichtungen im Organismus; eine wesentliche Bedeutung bei dieser Regulierung kommt der Leber und den Muskeln zu, die den überschüssigen, nicht zur Körperernährung notwendigen Zucker als Glykosen aufspeichern und immer nur soviel an das Blut abgeben, wie gerade zur Bildung von Wärme und Muskelkraft benötigt wird. Bei außergewöhnlich großer Zufuhr von Zucker tritt dieser aus dem Blut in den Harn über und wird mit diesem ausgeschieden. Eine solche rasch vorübergehende Zuckerabsonderung findet sich ferner, um nur einige Beispiele zu nennen, auch ohne überreichlichen Zuckergenuss bei manchen schweren Vergiftungen (Kohlenoxydgas, Morphium, Quecksilber), weiterhin öfters bei akuten Infektionskrankheiten (z. B. Scharlach, Typhus, Diphtherie), bei ersten Störungen im Gebiete des Nervensystems (Gehirnerschütterung, Gehirnblutung, nach epileptischen Anfällen), auch bei der Basedowschen Krankheit.

Der echte Diabetes nun, von dem gelegentlich die eben erwähnten Zuckerausscheidungen als Vorboten auftreten können, wird heute allgemein, nach der

wichtigen Entdeckung der berühmten Kliniker Minkowski und v. Mering, im wesentlichen als eine Störung in der Tätigkeit der Bauchspeicheldrüse, des Pankreas, aufgefaßt, nachdem die genannten Forscher gezeigt hatten, daß bei Hunden nach Entfernung des Pankreas ein schwerer Diabetes auftritt; hieraus leiteten sie die Folgerung ab, daß das Pankreas ein inneres Sekret, Hormon, liefert, das den Zuckerstoffwechsel reguliert. Die glänzendste Bestätigung dieser Annahme lieferte die im Jahre 1922 den amerikanischen Forschern Banting und Best geglückte Darstellung des Pankreas-Hormons, den Insulins, das die Diabetesbehandlung auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat und vermöge dessen wir in der Lage sind, manchen schwer Zuckerkranken, der früher unrettbar verloren gewesen wäre, dem Leben zu erhalten.

Die Zuckerkrankheit ist nun zurzeit im Zunehmen begriffen, und man hat vielfach zu der Ansicht geneigt, daß dieses vermehrte Auftreten in allen Kulturländern mit gesteigertem Zuckerverbrauch in Zusammenhang zu bringen sei. Auf Grund großen statistischen Materials hat nun der Berliner Kliniker Professor Dr. Leschke den überzeugenden Nachweis geführt, daß diese Annahme nicht zutreffen kann. Die Sterblichkeit infolge Diabetes ist nach dem Kriege überall gestiegen, unabhängig von der Größe des Zuckerkonsums, so in Preußen von 59 auf 153, auf eine Million Lebende berechnet, in England von 105 auf 142, in Amerika von 150 auf 190. Demnach hat bei uns die Sterblichkeit prozentual am meisten zugenommen, und das ist um so auffällender, als der Zuckerverbrauch in Deutschland nur eine geringfügige Veränderung erfahren hat. In den Vereinigten Staaten, wo die Sterblichkeit an

Diabetes seit 1925 von 169 auf 190 gestiegen ist, hat sogar ein mäßiger Rückgang des Zuckerverbrauchs stattgefunden. Während des Krieges verminderte sich die Diabetessterblichkeit stark, während der Zuckerverbrauch in den Jahren 1914 bis 1916 zunahm und in den Jahren 1917 und 1918 nicht unter das Niveau vor dem Kriege sank. Der Zuckerverbrauch des einzelnen beträgt bei uns für den Kopf der Bevölkerung nicht mehr als 12—15 Kilogramm jährlich.

Eine auffällige Zunahme der Sterblichkeit infolge Zuckerkrankheit ist beim weiblichen Geschlecht zu konstatieren, während noch vor zehn Jahren die Zahl von Todesfällen männlicher Diabetiker weit überwog. Die Todesfälle betreffen zwar hauptsächlich das höhere Lebensalter, doch genügt diese Tatsache nicht zur Erklärung, da ja überhaupt die Menschen jetzt durchschnittlich älter werden als früher und in den letzten Jahrzehnten der Anteil der alten Leute an der Gesamtbevölkerung in dauernder Zunahme begriffen ist.

Welche Umstände sind nun eigentlich für die größere Häufigkeit der Zuckerkrankheit verantwortlich zu machen? Eine vermehrte Zuckerezufuhr kommt sicher nicht in Frage, und so dürfen wir mit dem Berliner Forscher als höchstwahrscheinlich annehmen, daß es die gegen die Vorkriegszeit gänzlich veränderten Lebensbedingungen sind, an „erster Stelle die beruflichen und wirtschaftlichen Sorgen und Aufregungen, also gerade diejenigen Erschütterungen des vegetativen Nervensystems, denen wir einen besonders starken Einfluß, wenn nicht auf die Entstehung, so doch sicherlich auf den Verlauf der Zuckerkrankheit zusprechen müssen“. Wir wissen, daß beim Diabetes die erbliche Veranlagung eine Rolle spielt, da nicht sel-

kommen, weil wir billiger sein können als das Ausland. Wir zahlen mit Federgeld, und die müssen uns dafür gute Devisen geben.“ „Wenn der Auftrag ein so gutes Geschäft ist, da können Sie uns doch erst recht 100 000 Mark pro Stunde mehr geben. Der Dollar steht jetzt schon auf 4½ Millionen.“

Der Direktor wurde unnahbar. „Wir wissen selbst, was wir zu tun haben. Was für ein Lohn gezahlt wird, darüber entscheidet ausschließlich Herr Düßen und in seinem Auftrag ich. Da hat kein einziger was mitzureden. Ihr denkt wohl noch an früher zurück, als eure Betriebsräte die Nase in alles steckten und eure Gewerkschaftsbongens bei jeder Gelegenheit eine Lohnerhöhung herausholen wollten. Ihr werdet euch schon daran gewöhnen müssen, daß es bei uns im Dritten Reich wieder so ist wie in der guten alten Zeit. Wer Knecht ist, muß Knecht bleiben. — So, und nun geht wieder an eure Arbeit, ihr habt jetzt schon eine halbe Stunde Lohnausfall gehabt.“

„Zu diesem Lohn brauchen wir überhaupt nicht erst wieder anzufangen.“ „Soll das eine Streikdrohung sein?“

Dann kommt ihr an den Falschen. Ihr vergeßt immer wieder, daß ihr im Dritten Reich lebt. Denkt an Adolf Hitlers Notverordnung: Wer streikt, wird erschossen. Das hatte er schon 1923 bestimmt, es war der § 13 in seinem Gesetzentwurf. Aber ihr müßt ja selbst wissen, was ihr tut; von mir aus könnt ihr euch ruhig erschießen lassen. Ich stelle dann eben Arbeitsdienstleute ein. Die kriegen nicht mal wie ihr die Stunde 300 000 Federmark, die kriegen nicht, radikal nicht. Da mach ich noch ein Bombengeschäft bei.“ Er begleitete die Arbeiter zur Tür. „Natürlich, wenn einer sich genug gepart hat, kann er selbstverständlich die Arbeit verlassen; aber ihr wißt doch, bei uns ist es wie in Rußland: wer freiwillig die Arbeit verläßt, dem wird die Brotkarte entzogen.“

Der Hitlerlohn

„So, meine Herrschaften“, wandte er sich jetzt an die Delegation, „Sie haben da gleich ein kleines Bild davon bekommen, wie wir im Dritten Reich die Wirtschaft gefichert haben.“ „Ja“, antwortete Ferdl, „dieser Anschauungsunterricht hat uns manche Frage erspart. Nur eins ist mir noch nicht klar geworden. Wie ist es

denn mit dem Leistungslohn, wonach wird der gestaffelt?“ Der Direktor war unangenehm berührt: „Ach, Sie meinen jene Erklärung in dem Düsseldorfser Hiltlerblatt vom 22. Mai 1931: Für Löhne und Gehälter wird (im Dritten Reich) nur ein einziger Tarif festgesetzt, der das Existenzminimum bezeichnet. Dieses Existenzminimum ist so niedrig festzusetzen, daß hierüber ein möglichst großer Raum für die Entwicklung des Leistungslohnes (dem Unternehmer) zur Verfügung steht.“ Das mußte Adolf Hitler damals schreiben lassen, weil er die Arbeiterstimmen für die Wahl brauchte. Aber in der Praxis des Dritten Reiches sieht es etwas anders aus. Wir zahlen als Lohn nur das Existenzminimum.“ „Und was geschieht mit dem Ueberschuß?“ „Im Dritten Reich sind sofort die Dividenden erhöht worden. Das muß doch irgendwie herausgewirtschaftet werden. Da wird eben weniger Lohn gezahlt.“

Im Arbeitsdienstlager

Die Offenherzigkeit des Direktors hatte den Stf. peinlich berührt, er wich jedem Gespräch aus. So fuhren sie schweigend in den Abend hinein; es dämmerte schon, als die ersten Posten des Arbeits-

ten in mehreren Geschlechtsfolgen derselben Familie oder bei Geschwistern das Leiden beobachtet wurde, wir wissen auch, daß erbliche Disposition zu den verschiedensten nervösen Erkrankungen der Zuckerkrankheit den Boden ebnet, und was die eben erwähnten seelischen Momente anlangt (Sorge, Gemütsregungen, geistige Ueberanstrengung), so sind einwandfrei bisweilen die ersten Zeichen des Diabetes im Anschluß an starke seelische Erregungen festgestellt worden.

Das vermehrte Auftreten gerade beim weiblichen Geschlecht begründet der mehrfach erwähnte Kliniker sehr überzeugenderweise damit, daß „in der Vorkriegszeit ein großer Teil der Frauen entweder im Schutze der Familie oder in einer gesicherten Berufstätigkeit ein sehr viel sorgenfreieres Leben führte als heute. Schon mit dem Krieg kam der erste Umschwung, und man darf nicht glauben, daß die damals durchgemachten Aufregungen ohne Einfluß geblieben sind, weil sie sich in den Kriegsjahren selbst noch nicht ausgewirkt haben. . . . Auch mit der erhöhten Diabetessterblichkeit bezahlen wir nicht das jetzige, sondern das seit vielen Jahren fortgesetzte und angehäuften Defizit an leiblicher und seelischer Gesundheit.“

Interessant ist endlich noch die Feststellung, daß auf dem Lande die Diabetessterblichkeit zwar auch gestiegen ist, aber weit hinter der der Städte zurückbleibt. So kamen z. B. in Amerika 1928 auf eine Million Lebender in den städtischen Bezirken 243, in den ländlichen dagegen nur 172 Todesfälle infolge Zuckerkrankheit; es hängt das zweifellos hauptsächlich damit zusammen, daß der Landbewohner im Durchschnitt eine widerstandsfähigere Konstitution besitzt und daß er Erschütterungen des Nervensystems doch wohl weniger ausgefetzt ist als der Städter.

Die Zunahme der Zuckerkrankheit, vor allem aber die vermehrte Sterblich-

keit lassen es als eine Notwendigkeit erscheinen, jeder Erkrankung an Diabetes die größte Aufmerksamkeit zu widmen, und jeder Diabetiker sollte sich einer langdauernden ärztlichen Kontrolle unterwerfen. Das Wichtigste bleibt neben genauester Regelung der Lebensweise des Kranken die Diät, die sich natürlich nur auf Grund fortlaufender Untersuchung des Harn- und vielfach auch des Blutzuckers festsetzen läßt. Oft wird man

ohne Insulin zum Ziele kommen, in schwereren Fällen läßt es sich nicht enthalten, und oft genug ist dieses Mittel der Lebensretter. Nicht ganz überflüssig erscheint die Warnung an den Zuckerkranken, sich korpulenterischer Behandlung anzuvertrauen; es steht hier doch zuviel auf dem Spiele. Die sachgemäße Behandlung eines Zuckerkranken erfordert immer das Können eines erfahrenen Arztes. Dr. G e o r g R i c h t e r

Jeder dritte deutsche Arbeiter arbeitslos

Bereits Anfang Juli ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder gestiegen. Für den Sozialpolitiker erhebt sich deshalb die Frage, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in Zukunft gestalten soll. Wenn schon in einer Zeit, in der noch eine kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten müßte, das Gegenteil zu verzeichnen ist, so sieht es zweifellos sehr traurig aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt Betrachtungen über die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes an. Auf Grund genauen Materials glaubt diese Forschungsstelle, daß sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit monatlich um 100 000 bis 110 000 Arbeitskräfte vermehrt. Der Durchschnitt des ganzen Kalenderjahres 1932 würde mithin nicht sehr viel von einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 8 Millionen entfernt sein. Im Rechnungsjahr 1932/33, d. h. vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933 wird sich die durchschnittliche Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 6½ Millionen Arbeitslosen bewegen. Das würde besagen, daß jeder dritte oder vierte Arbeiter und Angestellte damit ohne Arbeit und ohne ursprüngliches Einkommen sein wird. Daneben gibt es noch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Die feststehende Arbeitslosigkeit wird durch die Zählungen der Arbeitsämter ermittelt.

Andererseits gibt es noch Arbeitslose, die von keiner statistischen Stelle erfasst sind, weil sie keine Unterstützung beziehen oder sonst nicht kontrolliert werden. Diese unsichtbare Reservearmee wird vom Konjunkturinstitut auf 1 bis 2 Millionen geschätzt. Wir werden also im kommenden Winter mit einer Arbeitslosigkeit von 7 bis 8 Millionen zu rechnen haben. Jeder zweite oder dritte Arbeiter und Angestellte wird im Rechnungsjahr 1931/32 ohne Beschäftigung sein. Das furchtbare Elend der Gegenwart wird also keine Linderung, sondern noch eine Verstärkung erfahren. Soweit hätten wir es also glücklich unter der glorreichen Führung der Hitlerbarone gebracht. Angesichts der Höhe der Arbeitslosigkeit wirkt sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung als lächerlich gering aus.

Großer Preisabbau!
Billige böhmische Bettfedern

 1 Pfd. graue, gute, gefüllene Bettfedern 60 s, bessere Qualität 80 s, halbweiße, flaumige 1.-, 1.20 M., weiße, flaumige gefüllt. 1.50, 1.80, 2.50 M., fetteste gefüllt. Halbflaum-Herrschafts-Federn 3.-, 4.-, 5.-, Stupffedern ungefüllten, mit Flaum gemengt, halbweiß 1.35 M., weiß 1.95 M., weißer, allerfeinster Flaumrumpf 2.25, 3.25, 4.25. Muster u. Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge kostenfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 902, Böhmen

dienstlagers vor ihnen salutierten. Von weitem schon hallten ihnen in gleichmäßigem Abstand Kommandos entgegen: auf, hinlegen, auf, hinlegen. . . Auf dem abendlichen Feld standen an 2000 junge Arbeiter in vollster Ausrüstung mit Sandsacktornister und aufgeschwallter Zeltbahn. „Hinlegen!“ Mit einem Schlage warfen sie sich auf den sandigen Boden, eine Staubwolke wirbelte auf.

„Sie sehen, meine Herren“, sagte der begleitende Lageroffizier, „wir sorgen durch unsere ausgleichende Gymnastik dafür, daß die Bengels wieder Disziplin in die Knochen kriegen. Aber es ist hier staubig, die Übungen sind ohnehin bald beendet. Wir besichtigen am besten unterdessen die Lageranlage.“

In den Baracken waren immer je vier Feldprüfsche übereinander angeordnet. Der Raum war eng vollgestellt, an jedem Prüfschenbau waren vier Kleiderbaken befestigt, auf je acht Prüfschen kam ein Stuhl. Für Tische war in der Baracke kein Raum mehr, man hatte vor der Tür neben der Pumpe zwei rohgezimmerte Platten auf Böcke gelegt. Die Prüfschen sind etwas hart, aber schließlich nach

zehn Stunden Außenarbeit und zwei Stunden Ausgleichsgymnastik mit dem Sandsack im Tornister schlafen die Bengels auch auf nackter Erde ungewiegt.“

„Für die Mädchen wenigstens haben Sie doch wohllichere Baracken?“ „Wir haben gar keine Mädchen im Lager, wie wollten Sie denn da die Disziplin aufrechterhalten? Die dienstpflichtigen Mädchen werden für den Haushalt an Guts herrinnen und vermögende Stadthaushaltungen abgegeben.“ „Erhalten die Dienstpflichtigen überhaupt kein Bargeld ausgezahlt?“ „Aber nein, der Herr Reichsbankpräsident Feder hat doch am 2 April 1932 im „Völkischen Beobachter“ die sofortigen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach Machtantritt der RSDAP. ausgezahlt und erklärt: Ohne nennenswerte Schwierigkeiten können in kurzer Zeit mindestens 500 000, die heute erwerbslos in den Städten feiern müssen, zum Arbeitsdienst eingezogen werden. Nennenswerte Mittel sind zusätzlich kaum anzuwenden, da die Bekämpfung großer Mengen selbstverständlich noch billiger ist als die Erwerbslosenunterstützung.“ Und die Erwerbslosenunterstützung haben wir natürlich

aufgehoben. Im Dritten Reich gibt es kein Geld für Faulenzler.“ „Aber Sie können doch nicht behaupten, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen!“

„Nein, natürlich nicht alle, es gibt überall Ausnahmen, aber die Arbeitslosenunterstützung macht die Leute arbeitscheu. Das hat unser Führer schon am 3. April 1931 im „Völkischen Beobachter“ feststellen lassen.“ „Wovon leben denn die Familien der Arbeitsdienstpflichtigen?“ „Diese jungen Burschen haben ja zumeist gar keine Familien zu unterhalten. Und wenn da so ein altes Mütterchen sitzt: soviel, daß sie sich auf ihre Brotkarte ein Stück Schwarzbrot holen kann, wird sie immer noch als Scheuerfrau verdienen. Und schließlich gehen die drei Jahre Arbeitsdienst ja auch mal vorüber. Die, die auf der höheren Schule waren, brauchen ja überhaupt nur ein Jahr abzureifen.“ „Also Einjährige wie bei den Preußen.“ „Aber natürlich, dafür haben sie doch auch die höhere Schule besucht und was gelernt. Aber jetzt lassen Sie uns hineingehen. Heute ist heiterer Abend im Rundfunk, da ist dienstfrei.“

(Fortsetzung folgt)